

Zeugnis gegenüber Juden in der richtigen Weise Gestalt gewinnen kann, eine große Vielfalt der Meinungen. Die Diskussion darüber kreiste in den vergangenen Jahren vor allem um die beiden Begriffe „Mission“ und „Dialog“. Häufig wurden sie als einander ausschließende Gegensätze verstanden. Inzwischen ist aber die Einsicht gewachsen, daß Mission und Dialog zwei Dimensionen des einen christlichen Zeugnisses sind. Diese Einsicht entspricht auch dem neueren Verständnis von christlicher Mission überhaupt.

Nicht nur der Begriff „Mission“, sondern auch der Begriff „Dialog“ ist für Juden als Beschreibung des christlichen Zeugnisses belastet. Deshalb stehen die Christen heute vor der Aufgabe, neu darüber nachzudenken, wie sie ihr Zeugnis, daß Jesus Christus Heil für alle Menschen bedeutet, im Blick auf die Juden verstehen, wie sie es benennen und welche Gestalt sie ihm geben sollen.

Die Kirche wird es dabei nicht unterlassen dürfen, freimütig auszusprechen, daß sie selbst des Gespräches mit dem Judentum bedarf; denn sie stößt hier auf Erfahrungen mit dem Gott der Bibel, die jedem Christen helfen können, das Verständnis seiner Identität wesentlich zu vertiefen. Dies ist von grundlegender Bedeutung für weiterführende Möglichkeiten der Begegnung von Christen und Juden.

Wortlaut in: Christen und Juden. Eine Studie des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1975, 9-35.

E.III.20

SYNODE

DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Beschlüsse anläßlich der Zionismus-Resolution der Vereinten Nationen vom 6. November 1975

Am 10. November 1975 nahm die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution an, in der erklärt wird, daß Zionismus eine Form von Rassismus sei. Die entscheidenden Sätze dieser EntschlieÙung lauten:

„Die Vollversammlung,

– in Erinnerung an ihre EntschlieÙung 1904 (XVIII) vom 20. November 1963, welche die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung verkündete, und im besonderen an ihre Bestätigung, daß ‚jede Lehre rassistischer Unterscheidung oder Überlegenheit wissenschaftlich falsch, moralisch verwerflich (und) sozial ungerecht und gefährlich‘ ist . . .

– in Erinnerung ferner daran, daß die Vollversammlung in ihrer EntschlieÙung 3151 g (XXVIII) vom 14. Dezember 1973 unter anderem die unheilige Allianz zwischen dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus verurteilt hat . . . stellt fest, daß Zionismus eine Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung ist.“

Für die Resolution stimmten 72 Staaten, und zwar die arabischen, die sozialistischen

Ostblockländer sowie ein Großteil der afrikanischen und asiatischen UN-Mitglieder der Dritten Welt. Von 35 Staaten, darunter den meisten europäischen, nord- und mittelamerikanischen, wurde sie abgelehnt. 32 Länder enthielten sich der Stimme. Anlässlich dieser bevorstehenden Resolution faßte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer Tagung in Freiburg am 6. November 1975 zwei Beschlüsse, in denen sie den Rat der EKD bat, Schritte zu einer sachgerechten Darstellung des Zionismus in der Öffentlichkeit zu unternehmen und durch die Studienkommission Kirche und Judentum eine Verständnishilfe zu dieser Problematik erarbeiten zu lassen (→ E.III.22). Weitere Reaktionen auf die Zionismus-Resolution der Vereinten Nationen → E.I.15, E.III.21.

I.

Die Synode bittet den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, alles ihm Mögliche zu tun, daß eine sachgerechte Darstellung und Beurteilung des Zionismus in der Öffentlichkeit, in den Schulen, in den Bildungseinrichtungen und vor allem in den internationalen Gremien gegeben wird. Auf dem Umweg „Antizionismus“ dürfen nicht alte und neue Judenfeindschaften geweckt oder geduldet werden.

Der Rat der EKD wird gebeten, die Bundesregierung und ihre internationalen Vertretungen zu ermutigen, ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber Definitionen aufrechtzuerhalten, die den Konflikt in Nahost, das Wesen und die Vielfalt des Zionismus sowie die Wirklichkeit des Rassismus falsch interpretieren.

Unsere Kirche trägt – wie unser Staat – eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht des jüdischen Staates (vgl. Studie „Christen und Juden“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland 1975 III. 3). Sie setzt sich für ein Verständnis der Bewegungen ein, die um Befreiung der Menschen aus der Unterdrückung ringen. Sowohl der Zionismus wie viele Emanzipationsbewegungen der Dritten Welt gehören zu diesen Bewegungen. Die deutsche Delegation für die 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi wird gebeten, sich dort in diesem Sinne einzusetzen.

Der Rat der EKD wird gebeten, die Studienkommission „Kirche und Judentum“ zu beauftragen, über die Problematik des Zionismus eine Verständnishilfe zu erarbeiten.

Wortlaut in: Bericht über die vierte Tagung der fünften Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 2. November bis 7. November 1975, Hannover 1976, 519f.